

# 133 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XV. GP

1979 11 06

## Regierungsvorlage

### Bundesgesetz vom XXXXXXXXXX über die Neuordnung der Zuständigkeit in Angelegenheiten der Familienpolitik

Der Nationalrat hat beschlossen:

#### Artikel I

Das Bundesministeriengesetz 1973, BGBl. Nr. 389, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 56/1979, wird wie folgt geändert:

1. Im Abschnitt A Z. 1 des Teiles 2 der Anlage zu § 2 werden die Worte „der Familienpolitik,“ aufgehoben.

2. Abschnitt D Z. 5 des Teiles 2 der Anlage zu § 2 hat wie folgt zu lauten:

„Angelegenheiten des Familienlastenausgleiches sowie der allgemeinen Familienpolitik, insbesondere des Familienpolitischen Beirates und der Familienberatungsförderung.“

#### Artikel II

Das Bundesgesetz BGBl. Nr. 112/1967, über die Errichtung eines Familienpolitischen Beirates beim Bundeskanzleramt wird wie folgt geändert:

1. Der Titel dieses Bundesgesetzes hat zu lauten: „Bundesgesetz vom 1. März 1967 über die Errichtung eines Familienpolitischen Beirates beim Bundesministerium für Finanzen“.

2. § 2 Abs. 1 hat zu lauten:

„Der Beirat hat den Bundesminister für Finanzen bei der Besorgung der Angelegenheiten des Familienlastenausgleiches sowie der allgemeinen Familienpolitik zu beraten.“

3. In den §§ 1 und 2 Abs. 2, im § 3 Abs. 5, im § 4 Abs. 1, 2 und 3, in den §§ 5 und 6 Abs. 2 und in den §§ 10 und 12 sind die Worte „Bundeskanzleramt“, „Bundeskanzleramtes“ und „Bundeskanzler“ jeweils durch die Worte „Bundesministerium für Finanzen“, „Bundesministeriums für Finanzen“ und „Bundesminister für Finanzen“ zu ersetzen.

#### Artikel III

Das Familienberatungsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 80/1974, wird wie folgt geändert:

1. In § 6 ist das Wort „Bundeskanzleramt“ durch das Wort „Bundesministerium für Finanzen“ zu ersetzen.

2. § 8 hat wie folgt zu lauten:

„Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist der Bundesminister für Finanzen betraut.“

#### Artikel IV

Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist der Bundesminister für Finanzen betraut.

## Erläuterungen

Mit dem im Entwurf vorliegenden Bundesgesetz soll die Zuständigkeit in bestimmten Angelegenheiten der Familienpolitik vom Bundeskanzler auf den Bundesminister für Finanzen übertragen werden. Dies erscheint im Hinblick auf die sachliche Nähe dieser Angelegenheit zu den Angelegenheiten des Familienlastenausgleiches,

die schon derzeit in den allgemeinen Wirkungsbereich des Bundesministers für Finanzen fallen, ebenso geboten wie sachlich zweckmäßig. Der Aufgabenbereich des Familienpolitischen Beirates soll, ungeachtet dieser Kompetenzänderung, im bisherigen Umfang erhalten bleiben.